

Absender:

An das
Amtsgericht *Ort*
Familienabteilung
Straße Hausnummer
Postleitzahl Ort

Antrag auf Ordnungsgeld / Verlängerung des Gewaltschutzbeschlusses

Bitte Zutreffendes ankreuzen

Antragsteller/in:

Frau

Herr

Name:

Vorname:

geb. am:

Staatsangehörigkeit:

Straße, Hausnummer*:

PLZ, Wohnort*:

* Angaben gesondert mitteilen, wenn die Daten d. Antragsgegner nicht bekannt gegeben werden sollen

In der Familiensache

Geschäftszeichen:

betreffend (Name d. Beteiligten angeben)

beantrage

ich

wir

wegen Verstoßes

des Antragsgegners

der Antragsgegnerin

der Antragsgegner

gegen die in der einstweiligen Anordnung vom aufgeführten
Unterlassungsverpflichtungen

ein vom Gericht festzulegendes Ordnungsgeld bis zur Höhe von 250.000 EUR, ersatzweise für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft von bis zu 6 Monaten festzusetzen.

die Verlängerung der Anordnung. Die einstweilige Anordnung vom [] ist noch bis zum [] wirksam.

(Wenn die Einstweilige Anordnung ausgelaufen ist, ist eine Verlängerung nicht möglich, ggfs. muss ein neuer Antrag nach dem Gewaltschutzgesetz gestellt werden.)

Gründe:

Gemäß Beschluss des Amtsgerichts [] vom [] hat/haben

der Antragsgegner die Antragsgegnerin die Antragsgegner

es zu unterlassen sich mir/uns und meiner/unsere Wohnung auf eine Entfernung von weniger als 200 Meter zu nähern, meine/unsere Wohnung zu betreten sowie in irgendeiner Form Kontakt zu mir/uns aufzunehmen.

sich der Arbeitsstelle in [] auf eine Entfernung weniger als 200 Meter zu nähern,

sich (ggfs. sonstigen Ort) [] auf eine Entfernung weniger als 200 Meter zu nähern,

in irgendeiner Form Verbindung zu mir/uns etwa durch Ansprache, Telefonat, Fax, E-Mail, SMS, WhatsApp oder sonstige Kommunikationsmittel aufzunehmen,

sonst ein Zusammentreffen mit mir/uns herbeizuführen und sich mir/uns weniger als 200 Meter zu nähern. Sollte es zu zufälligen Begegnungen kommen, hat der Antragsgegner sofort den festgelegten Abstand herzustellen und einzuhalten.

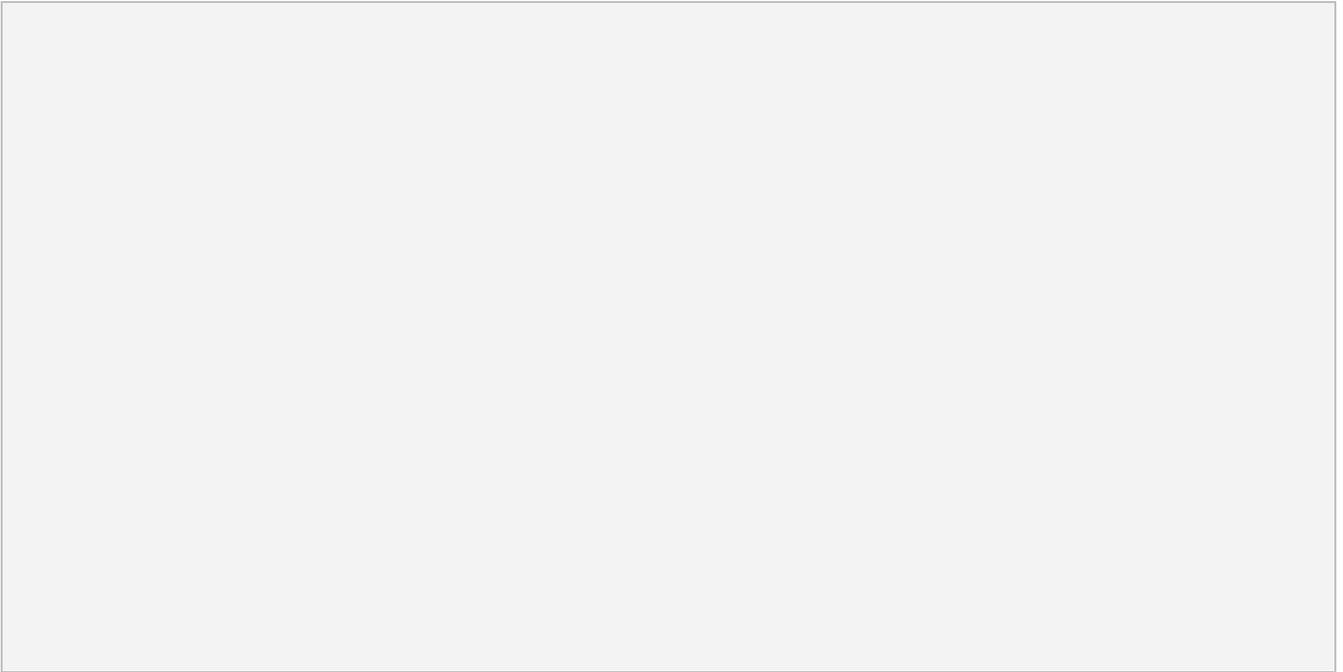
Gegen diese Anordnung/en hat/haben

der Antragsgegner die Antragsgegnerin die Antragsgegner
verstoßen.

○ Wann fand der Verstoß statt?

○ Wie sieht der Verstoß aus? – bitte genau schildern –

Schilderung s. beigefügte Anlage



In Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich hiermit die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben.

Gesetzestext des § 156 Strafgesetzbuch:

"Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

_____, den _____

Unterschrift d. Antragst.